

Vorlage Nr. 101.17.842

Entwurf des Kinderförderungsgesetzes stoppen

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den von der CDU-FDP-Koalition im Hessischen Landtag vorgelegten Entwurf des sog. Kinderförderungsgesetzes ab. Das Gesetz steht im Gegensatz zu den Zielen einer guten, pädagogisch sinnvollen Arbeit in den Kinderbetreuungseinrichtungen und verhindert angemessene Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Es wird vielmehr dazu beigetragen, die Qualität der Arbeit der Kinderbetreuungseinrichtungen zu verschlechtern.

Die Aufgabe des Landes Hessen muss sein, die Bildung und Betreuung in den Kindertageseinrichtungen von U3 bis zu Betreuungsangeboten in der Grundschule nachhaltig zu verbessern, statt zu verschlechtern. Das bezieht sich insbesondere auf die Gruppengrößen, die Qualifikation, Fortbildung und Arbeitsbelastung der Beschäftigten, sowie die Inklusion und eine angemessene anteilige Finanzierung der Einrichtungen durch das Land Hessen.

Deshalb fordert die Stadtverordnetenversammlung die CDU-FDP-geführte Landesregierung auf, die Proteste der Eltern, der ErzieherInnen, der Gewerkschaft und der Freien Wohlfahrtsverbände (Liga) ernst zu nehmen und den Gesetzesentwurf zurückzuziehen. Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, künftig eine angemessene und vor allem auskömmliche Finanzierung der Kinderbetreuung, auch der entstehenden Mehraufwendungen, seitens des Landes sicher zu stellen.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Dieter Beig
Stellv. Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender Kasseler
Linke

